

VOLKSBLATT | SPLITTER

Menschliches Erbgut zu 99,99 Prozent entschlüsselt

PARIS/WASHINGTON – 50 Jahre nach der Entdeckung der DNA-Struktur ist das menschliche Erbgut entschlüsselt. Nach Angaben der Wissenschaftler ist die öffentlich zugängliche Gen-Karte zu 99,99 Prozent genau. Wissenschaftler aus Deutschland, China, den USA, Frankreich, Grossbritannien und Japan hätten die «entscheidende Sequenzierung von 3 Milliarden DNA-Basenpaaren des menschlichen Genoms abgeschlossen», gaben die Staats- und Regierungschefs dieser Länder am Montag bekannt. Es handle sich um einen «Meilenstein in der Geschichte der Wissenschaft und Technik und der Geschichte der Menschheit», hiess es in der Mitteilung der Staats- und Regierungschefs weiter. Nun seien alle Abschnitte im Bauplan des menschlichen Lebens decodiert.

Erstmals SARS-Ansteckung in Europa

LONDON/PEKING – Erstmals hat sich innerhalb Europas ein Mensch mit der Lungenkrankheit SARS angesteckt. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) sieht in der Entdeckung keinen Anlass zur Sorge. «Es ist sogar ein gutes Zeichen, denn es beweist, dass solche Fälle sehr früh entdeckt werden», sagte WHO-Experte Dick Thompson am Montag in Genf. Dadurch verringere sich auch die Gefahr der weiteren Verbreitung. Das britische Gesundheitsministerium bestätigte am Montag, dass es sich um den ersten SARS-Fall handle, bei dem sich ein Mensch in Grossbritannien angesteckt habe. Der britische Geschäftsmann war in jüngerer Zeit nicht im Ausland. Laut Medienberichten wird er auf der Intensivstation eines Londoner Spitals behandelt.

Millionen für Wald

PHNOM PENH – Hollywood-Star Angelina Jolie spendet 1,3 Millionen Dollar (1,2 Millionen Euro) über fünf Jahre verteilt für die Erhaltung eines Waldes im Nordwesten Kambodschas, der Lebensraum der letzten wilden Tiger und Elefanten in dem Land ist. Wie die zuständige Naturschutzorganisation am Montag in Phnom Penh mitteilte, handelt es sich um ein Gebiet von 21 000 Hektar. Die Spenden der 27-jährigen Schauspielerin würden dazu benutzt, den Bewohnern Alternativen zur Vermietung ihrer Häuser zu verschaffen. Ihnen sollen Grundlagen zur Erhaltung des Waldes beigebracht werden. Mit Hilfe weiterer Spenden will die Naturschutzorganisation das Projekt auf 15 Jahre ausdehnen. Angelina Jolie hat nach Angaben eines Sprechers das Schutzgebiet vier Mal besucht, zuletzt gerade erst an einem Tag Anfang April.

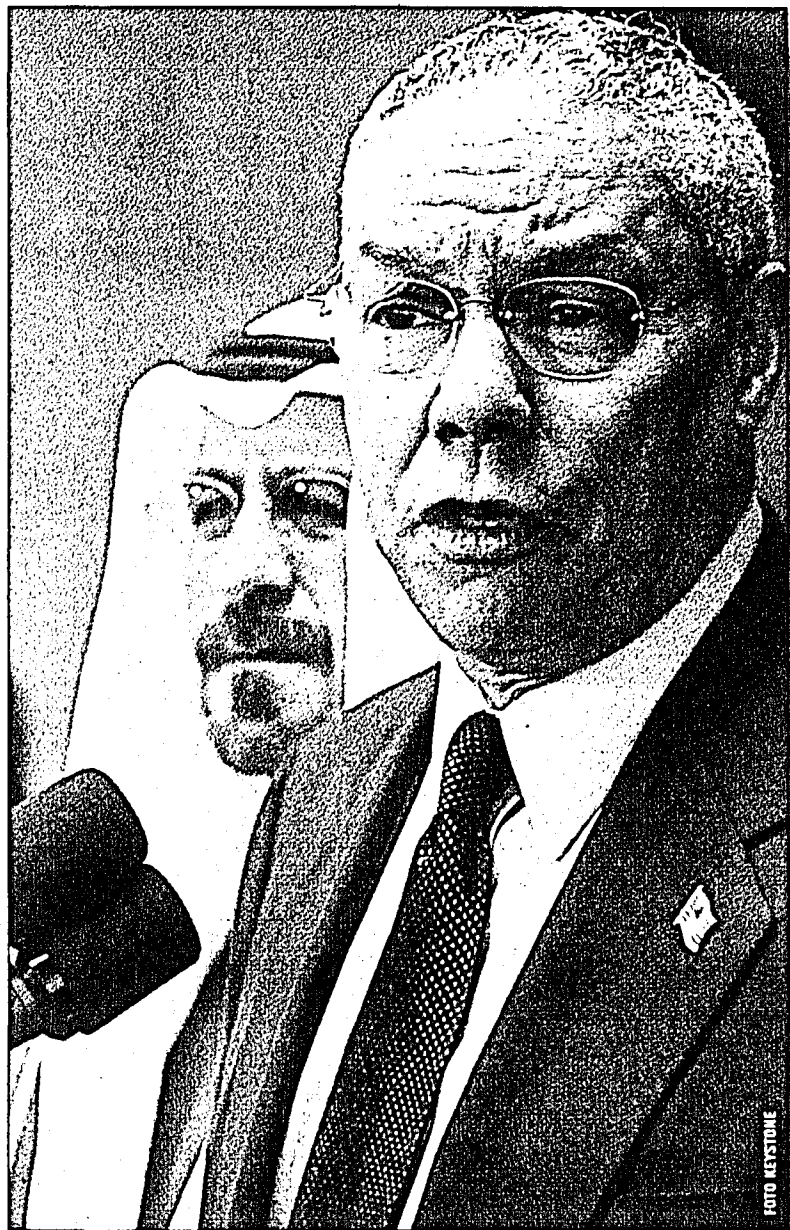
USA drohen Syrien

EU, Russland und Arabische Liga besorgt

WASHINGTON/LONDON – Nach den massiven Warnungen aus Washington an die Adresse Syriens wächst der Druck auf die Führung in Damaskus. Die EU, Russland und die Türkei zeigten sich beunruhigt und riefen die USA zu Zurückhaltung auf.

US-Aussenminister Colin Powell sagte am Montag in Washington, die USA würden «in Bezug auf Syrien mögliche Massnahmen diplomatischer, wirtschaftlicher oder anderer Art prüfen». Syrien sei sich der US-Befürchtungen wegen Massenvernichtungswaffen und «terroristischer Aktivitäten» bewusst. Powell warnte Damaskus erneut, von US-Truppen gesuchten irakischen Führungsmitgliedern Unterschlupf zu gewähren. Verteidigungsminister Donald Rumsfeld warf Syrien vor, erst kürzlich Chemiewaffen getestet zu haben. Ari Fleischer, der Sprecher von US-Präsident George W. Bush, bezeichnete Syrien sogar als «terroristischen Staat».

Bush selber ersuchte am Montag seinen spanischen Amtskollegen José Maria Aznar in einem Telefonat um Hilfe im Streit mit Syrien. Bush habe Aznar gebeten, die guten Beziehungen seines Landes zu arabischen Staaten zu nutzen, teilten Regierungsvertreter am Abend in Madrid mit.



US-Aussenminister Colin Powell sandte deutliche Worte nach Syrien.

Blair beruhigt

Der britische Premierminister Tony Blair hingegen versicherte im Unterhaus in London: «Es gibt keine Pläne für eine Invasion in Syrien.» Bei der derzeitigen Diskussion gehe es allein darum, ob Syrien ranghohe irakische Politiker ins Land gelassen habe. Der syrische Präsident Baschar el Assad habe ihm in einem Telefongespräch am Wochenende versichert, seine Behörden würden dies sofort «untersagen», teilte Blair mit. Auch der syrische Aussenminister Faruk el Schara Bushs wies in Damaskus den Vorwurf zurück, führenden Irakern Unterschlupf gewährt zu haben. Die USA hätten bislang keinerlei Beweise für ihre Anschuldigungen vorgelegt.

EU und Russland besorgt

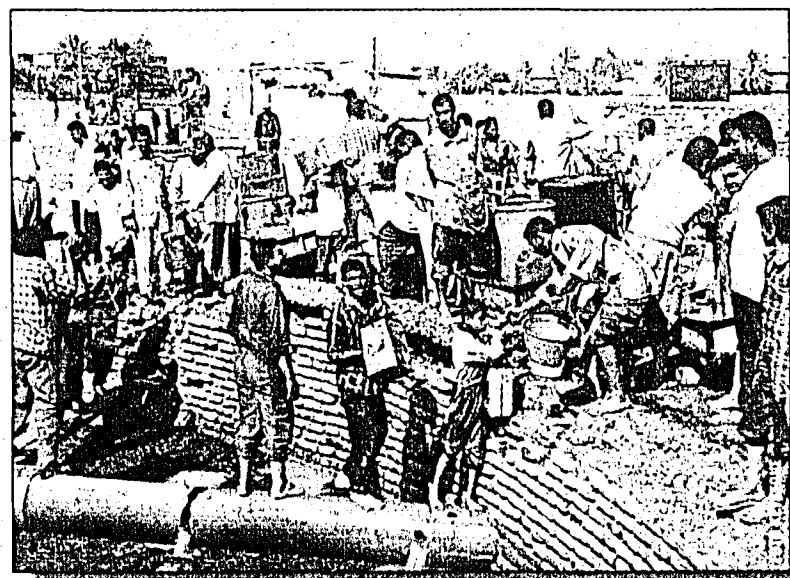
Der EU-Aussenbeauftragte Javier Solana zeigte sich besorgt über den zunehmend scharfen Ton und rief die USA zur Mässigung auf. Der russische Vize-Aussenminister Alexander Lossjukow erklärte, die «scharfen» Äusserungen Washingtons drohten nicht nur die Beziehungen mit Damaskus, sondern auch die Lage im Nahen Osten noch komplizierter zu machen. Moskau rate Washington zu mehr Zurückhaltung. Die Türkei warnte die USA eindringlich davor, nach dem Krieg in Irak andere Staaten in der Region ins Visier zu nehmen.

Sicherheitslage weiterhin problematisch

In Bagdad funktionieren nur noch zwei von 32 Spitälern

GENF – Die Sicherheitslage ist in Irak weiterhin problematisch. In Bagdad seien zwar einige Sicherheitsmassnahmen ergriffen worden, um die Spitäler zu schützen, es brauche aber mehr, damit das Personal zum Dienst erscheinen könne, sagte Nada Doumani.

Die Sprecherin des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) betonte am Montag in Genf, die Strassen seien noch nicht sicher. Auch der Mangel an Wasser und Strom verursache weiterhin Schwierigkeiten. Derzeit funktionierten nur zwei von 32 Spitälern in Bagdad. Im grossen Spitalkom-



Wasser ist in Bagdad derzeit ein rares Gut.

plex Medical City gebe es weiterhin weder Strom noch Wasser. Eine Voraussetzung für die Wiederaufnahme der Arbeit in den Spitälern sei auch die Sicherstellung der Wasserversorgung.

Menschen warten auf Wasser

IKRK-Ingenieure reparieren gegenwärtig eine Wasserpump- sowie eine Leitungsanlage. Wenn die beiden Anlagen wieder funktionierten, könnten mehrere hunderttausend Menschen in Bagdad erneut mit Wasser versorgt werden, sagte Doumani. Das IKRK setze zudem seine Besuche der Spitäler fort und evaluiere die durch die Plünderungen entstandenen Schäden.

VOLKSCARD

GÜNSTIGER GEHT'S NICHT

Politik – Wirtschaft – Sport – Kultur bei uns ist alles im Preis inbegriffen.

Jetzt das

VOLKSBLATT

abonnieren!

13 Monate für CHF 189.– inkl.

VOLKSCARD

Anrufen und bestellen 237 51 41

Profitieren Sie als

VOLKSBLATT-Abonnent von Vorzugspreisen

POWERED BY VOLKSBLATT

Mitte-Rechts-Koalition

Holland: Politischer Stillstand hält an

DEN HAAG – Knapp drei Monate nach der Parlamentswahl in den Niederlanden will der christdemokratische Ministerpräsident Jan Peter Balkenende jetzt eine Mitte-Rechts-Regierung bilden.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Partei der Arbeit (PvdA) Ende voriger Woche schloss Balkenende am Montag vor dem Parlament die Möglichkeit eines erneuten Versuches aus, sich mit dieser Partei zu einigen. «Es wurde zu viel Zeit verschwendet. Das Land braucht dringend eine Regierung», betonte Balkenende (CDA). Er will nach seinen Worten am

liebsten mit den Rechtsliberalen (VVD) eine Regierung bilden. Da seine Partei zusammen mit den 28 VVD-Abgeordneten im Parlament keine Mehrheit hat, nannte er am Montag Rechtsliberale (LPF/8 Mandate), Linksliberale (D66/6 Mandate) sowie die religiösen protestantischen Parteien (CU/3 Mandate und SGP/2 Mandate) als mögliche Koalitionspartner.

Neuwahlen als Ausweg aus dem derzeitigen politischen Stillstand lehnte er ab. Die Niederlande sind seit dem 16. Oktober 2002 ohne eine voll handlungsfähige Regierung. Damals zerbrach Balkenendes erste Regierungskoalition von CDA, VVD und LPF.

Machtkampf

Arafat und Abbas streiten weiter

RAMALLAH – Der Machtkampf zwischen Palästinenserpräsident Jassir Arafat und seinem designierten Ministerpräsidenten Mahmud Abbas geht weiter.

Nach heftigen Auseinandersetzungen zwischen Arafat und Abbas am Sonntag hiess es in Ramallah, der Regierungschef habe die Regierungsbildung noch nicht abgeschlossen. Die USA haben die Veröffentlichung ihres «Fahrplans» für einen dauerhaften Nahostfrieden von der Bildung eines reformfähigen palästinensischen Kabinetts unter Abbas abhängig gemacht. Laut unbestätigten Berichten hatte der 73-jährige Arafat Abbas' Minis-

terliste energisch zurückgewiesen, weil dieser einige alte Weggefährten Arafats von ihren bisherigen Ministerposten entfernt habe. Er habe sie durch Reformkräfte ersetzt, die nicht unter Korruptionsverdacht stehen. Insgesamt plant Abbas offenbar den Austausch von 13 der mehr als 20 Minister.

Abbas will Innenministeramt

Nach Berichten vom Montag war Arafat besonders empört darüber, dass sein bisheriger Stellvertreter Abbas den amtierenden Innenminister Hani el Hassan entlassen will, der ein alter Kampfgefährte Arafats ist. Diesen Posten will offiziell Abbas selbst übernehmen.